



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 11. Dezember 2003

Gesch. Nr. 097/03

9.13 Finanzen

Genehmigung des Voranschlages 2004 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Finanzplan 2005 - 2009

[...]

3. GESCHÄFT-NR. 097/03

Genehmigung des Voranschlages 2004 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Finanzplan 2005 - 2009

DISKUSSION IM RAT

RPK-Präsidentin Regula Kuhn eröffnet die Eintretensdebatte. Sie gibt bekannt, dass die RPK Eintreten auf das Budget empfiehlt. Die RPK Mehrheit empfiehlt dem Grossen Gemeinderat den Voranschlag 2004 zu genehmigen. Die RPK Mehrheit beantragt jedoch dem Grossen Gemeinderat, den Steuerfuss entsprechend dem kantonalen Mittel auf 112 % zu belassen. Die RPK Minderheit beantragt dem Gemeinderat, den Voranschlag 2004 zu genehmigen und entsprechend dem stadträtlichen Antrag den Steuerfuss auf 114 % festzusetzen. Sie wird ihren Antrag separat begründen. Genauer Wortlaut siehe Seiten 195-200.

Samuel Wuest begründet den Minderheitsantrag der RPK: Es liegt nicht drin, den Steuerfuss bei 112 % zu belassen. Die Zukunft lässt es nicht zu. Die Minderheit der RPK meint, dass die Stadt es sich nicht leisten kann, ein Budget zu planen, welches ein Defizit aufweist. Der Stadtrat hat zum Ziel, ein ausgeglichenes Budget vorzuweisen. Es sind grosse Investitionen geplant. Diese könnten sogar noch höher werden, denn bis heute wurde eine Renovation des alten Teils des Altersheims nicht eingeplant. Es kommt soweit, dass der Steuerfuss sprunghaft erhöht werden muss. Die Steuerpflichtigen wollen keine Experimente mit den Finanzen erleben. Sie wollen rechnen, was sie nächstes Jahr zahlen müssen. Wir wissen, dass die Lastenabwälzungen von Kanton und Bund noch lange nicht abgeschlossen sind. Wir müssen mehr Arbeiten übernehmen und haben so mehr Ausgaben. Wir können Synergien zwar nutzen, aber gratis gibt es nichts. Die Handänderungssteuer wurde mit der letzter Volksabstimmung abgeschafft. Wer nicht dringend verkaufen muss, wartet bis diese Änderung in Kraft tritt und spart so Steuern. Wir können zwei bis drei Steuerprozent abschreiben. Es muss überlegt werden, ob Leistungen abgebaut oder Schulden gemacht werden. Die Arbeitslosenquote ist in Illnau-Effretikon hoch. Bekommen wir die Steuereinnahmen wie geplant? Wir sind verantwortlich für die Gemeindefinanzen und dürfen keine Experimente machen. Ist unser Ziel, dass in der Schule Fächer gestrichen, Strassensanierungen nicht gemacht und Gebäude nicht saniert werden? Nein. Deshalb muss der Steuerfuss bei 114 % angesetzt werden.

Thomas Schrepfer, EVP, sieht auf der einen Seite die starke Kostenerhöhung, welche jedoch gut begründet ist. Die Verschiebung der Lasten von Bund und Kanton auf die Gemeinden wird immer grösser. Auf uns kommen hohe Investitionen zu, welche die Finanzen stark belasten werden. Dazu kommt der Wegfall der Handänderungssteuer. Den Steuerfuss ausgeglichen zu gestalten muss unser Ziel sein. Ein Defizit in Kauf nehmen macht wenig Sinn. Er bittet um Eintreten.

Kurt Balmer, FDP, stellt fest, dass das Budget in der RPK dieses Jahr relativ kurz behandelt wurde im Gegensatz zu früher. Dieses Jahr steht das Budget nicht unter dem Motto „Dörfs es bitzeli me si?“ Der Personalkostensprung ist gut dokumentiert. Das Budget hat Hände und Füsse. Er dankt allen für ihre Arbeit. Der Finanzplan hat viel Zeit gebraucht. 72 Mio. Fr. sind für die nächsten Jahre budgetiert. Es werden sicher nicht alle projektierten Investitionen realisiert, das zeigt die Vergangenheit. Er sieht keinen Grund, den Steuerfuss auf 2004 zu erhöhen, da in diesem Jahr noch keine Auswirkungen des Wegfalls der



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Dezember 2003

Handänderungssteuer zu erwarten sind. Dieser Umstand betrifft alle Gemeinden im Kanton, deshalb wird wohl das kantonale Mittel erhöht werden.

Jürg Ulber, GP, bemerkt, dass bei einem Steuerfuss von 112 % kein ausgeglichenes Budget vorliegt. Das Budget ist solide und entspricht der Realität, es ist kein Wunschkonzert. Er fragt sich, wo noch eingespart werden könnte. Da wir keine zusätzlichen Schulden in Kauf nehmen möchten, ist eine Steuerfusserhöhung von 2 % angebracht. Deswegen wird niemand aus Illnau-Effretikon wegziehen.

Hansruedi Wespi, SVP, stört der Personalaufwand. Der Stadtrat nimmt seine Verantwortung nicht mehr wahr. Der Antrag der RPK, den Steuerfuss auf 112 % beizubehalten, freut ihn. Die SVP-Fraktion ist für eintreten und für die Beibehaltung des Steuerfusses auf 112 %. Die Budgetreserven, die Rückstellungen und die Finanzsituation lassen dies zu.

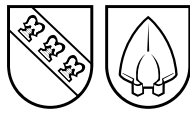
Ueli Müller erklärt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist. Den Bürgerinnen und Bürgern wird für ihre Steuerleistungen etwas geboten: Das Strassennetz, die Volksschule, die Kanalisation, die Jugendeinrichtungen, Altersvorsorgen, Spitäler und so weiter. Damit die Stadt all diese Aufgaben wirklich wahrnehmen kann, braucht es Mittel. Ohne eine Steuerfusserhöhung resultiert ein Aufwandüberschuss. Mit den fehlenden Handänderungssteuern wird dieser noch grösser. Wir dürfen die gute vorausschauende Finanzpolitik der letzten 20 Jahre nicht zu Nichte machen, indem wir heute den Steuerfuss senken. Der Blick muss auf die Investitionen gerichtet werden. Eine minimale Erhöhung des Steuerfusses ist in Anbetracht der Projekte Stadtpolizei und Ausbau Altersheim mit Folgekosten mehr als gerechtfertigt. Die Investitionen aufzuschieben lohnt sich nicht, denn die Sanierungskosten werden höher, wenn man zu spät saniert. Der Ausbau des Altersheims ist sinnvoll, da wir sonst die Plätze in Pfäffikon weiter finanzieren müssen. Doch darf es nicht sein, dass wegen dem Ausbau auf alle anderen Projekte der Stadt verzichtet werden muss. Die Stadt muss einen Spielraum haben. Letztes Jahr haben wir den Steuerfuss um 2 % gesenkt. Doch deswegen ist keine neue Firma in Illnau-Effretikon ansässig geworden. Wichtig ist, was dem Gemeindewohl dient. Wir müssen antizyklisch investieren und Arbeitsplätze sichern. Dem Stadtrat muss unser Vertrauen gehören. Deshalb ist der Steuerfuss auf 114 % festzusetzen.

Stadtrat Charly Heuberger dankt der RPK für die sachkundige Prüfung des Voranschlages. Sein Dank gilt ebenso dem Finanzverwalter Werner Mailänder sowie dem Rat für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Zu grossen Diskussionen gibt der Steuerfuss Anlass. Der Stadtrat wollte ihn schon letztes Jahr auf 114 % festsetzen, das gilt heute erst recht. Die Lage ist schlechter wie letztes Jahr. Eine Erhöhung um 2 % trifft die Einwohnerinnen und Einwohner nicht schwer. Der Stadtrat betreibt eine verantwortungsvolle Politik. Die Bürgerlichen zwingen den Stadtrat zu einem Spagat. Sie möchten, dass der Stadtrat etwas gegen die „Verslummung“ unternimmt. Die Zentrumsentwicklung soll möglichst rasch vorangetrieben und das Sportzentrum attraktiver gestaltet werden. Für all dies braucht es Geld. Er bittet den Rat, seine Verantwortung wahr zu nehmen. Bleibt der Steuerfuss auf 112 % ist das nicht der Ruin der Gemeinde. Aber es funktioniert nicht, wenn über die Jahre mehr ausgegeben als eingenommen wird. Aus diesem Grund muss der Steuerfuss auf 114 % festgesetzt werden.

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten. Es folgt abschnittsweise die Detailberatung anhand der institutionellen Gliederung.

Schulamt
Samuel Wuest, SP
Kto. Nr. 303.3020.00 Besoldungen Lehrkräfte
Weshalb wird im B-Unterricht Religion gestrichen?

Stadträtin Erika Klossner erklärt, dass ab Sommer 2004 die Kosten nicht mehr vom Kanton übernommen werden. Die Schulpflege hat den Entschluss gefasst, die Weiterführung nicht mehr zu beantragen. In vielen Klassen nimmt nur noch knapp die Hälfte am Religionsunterricht teil, da immer weniger den christlichen



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Dezember 2003

Glauben vertreten. Dazu kommt, dass immer weniger Lehrkräfte Unterricht erteilen. Ein Teil des Unterrichts wird im Fach Mensch und Umwelt verlegt. Bis im Sommer trägt der Kanton die Kosten und das Fach ist obligatorisch. Sobald es freiwillig wird kommen noch weniger Schüler. Mit der Kirche wurde Kontakt aufgenommen. Sie überlegt sich, in welchem Rahmen sie einen Unterricht gestalten könnte, welcher in von uns zur Verfügung gestellten Schulräumen stattfinden könnte.

Ueli Müller, SP, erkundigt sich, welcher Ausschuss dieses Vorgehen bestimmt hat.

Erika Klossner erläutert, dass dieser Ausschuss aus Lehrern aus der Primar- und Oberstufe, der Kirche und zweier Mitglieder der Schulpflege besteht.

Es wird der Antrag gestellt, den Budgetposten auf neu Fr. 280'000.00 zu erhöhen.

Stadtschreiber Kurt Eichenberger weist darauf hin, dass heute nur Geld gesprochen wird. Der Unterricht wird so nicht bewilligt.

ABSTIMMUNG

Mit 12 : 18 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Werkamt

André Büecheler, SVP

Kto. Nr. 535.3010.00 Forstwesen, Besoldungen

Der Kostenanteil der Gemeinde Lindau beträgt nur Fr. 10'000.00. Weshalb ist der Budgetposten so viel höher?

Stadtrat Reto Lardi führt aus, dass nicht nur Lindau dazu kommt. Wir haben sehr viel Privatwald, welcher mehr Aufwand gibt. Aus diesem Grund wurde die neue Stelle nicht nur für Lindau geschaffen, sondern auch noch für uns selber.

Es folgt die Detailberatung der Investitionsrechnung:

Keine Wortmeldungen.

ABSTIMMUNG

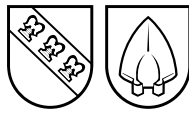
Der Voranschlag 2004 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

André Bättig, FDP, stellt einen Ordnungsantrag: Ziffer 5 des Dispositives (Kenntnisnahme des Finanzplans) zuerst zu beraten.

Die Abstimmung zeigt, dass eine grosse Mehrheit dem Antrag zustimmt.

Es folgt die Debatte zum Finanzplan 2005 – 2009:

André Bättig, FDP, zeigt auf, dass es uns bis heute gelungen ist, unsere Schulden abzubauen. Mit dem Finanzplan kehrt die Geschichte. Das Eigenkapital wird vernichtet und es folgt eine Verschuldung. Der Selbstfinanzierungsgrad wird extrem sinken. Das geht nicht. Entweder wir dürfen von heute an nur noch machen, was wirklich notwendig ist oder wir müssen ein neues Szenario entwickeln: die Verstückelung der Investitionen. Die rollende Planung muss verbessert werden. Wir brauchen eine nachhaltige Investitionsplanung. Der Rat kann nicht wissen, was wann gemacht werden muss.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Dezember 2003

Stadtpräsident Martin Graf kann sich nicht für eine Verstückerung der Investitionen begeistern. In weiteren Jahren kommen wieder neue Sachen. Zu den Personalkosten führt er aus, dass diese mit dem Bau des Altersheims und 40 neuen Arbeitsplätzen sowie der Einführung der Stadtpolizei mit acht neuen Arbeitsplätzen sicher steigen werden. Die Kosten werden also noch um $\frac{1}{4}$ aufgestockt. So wie die Arbeitslosenquote aussieht, werden die Einnahmen sinken. Ob eine Firma nach Illnau-Effretikon kommt, hängt wohl nicht an den zwei Steuerprozenten. Wichtiger ist die Infrastruktur der Gemeinde.

Klaus Gersbach, CVP, stellt fest, dass es um den Selbstfinanzierungsgrad schlecht steht. Die CVP-Fraktion erwartet Vorschläge, um diesen Trend zu stoppen. Soll der Ausbau des Altersheims gesplittet werden? Es kann nicht sein, dass wir alles sofort wollen, die Steuern aber tief bleiben sollen. Die Frage geht danach an die Bürgerlichen, wie wir die Finanzen längerfristig im Lot behalten wollen.

Stadtrat Max Binder fragt den Rat, wie er einstimmig dem Budget zustimmen kann und danach den Steuerfuss bei 112 % belassen will. Der Grosse Gemeinderat hat beschlossen, Betagte und Pflegebedürftige in Effretikon zu behalten. Der Zweckverband Geratrium wird aufgehoben. Wir forderten, die Auflösung möglichst schnell durchzuführen.

Beim Architekturwettbewerb wurde festgestellt, dass eine Etappierung zirka 1 Mio. Fr. mehr kosten würde. Eine Etappierung würde auch Fragen bezüglich der Parkplatzsituation aufwerfen. Es gäbe ein ganz anderes Projekt. Es wäre ein fataler Fehler, wenn das Projekt Altersheimerweiterung hinausgeschoben würde. Ebenso, wenn der Steuerfuss bei 112 % belassen würde.

Hansruedi Wespi, SVP, führt aus, dass im letzten Jahr der Steuerfuss auf 112 % festgesetzt wurde. Nun möchte der Stadtrat ihn wieder erhöhen. Heute wurden Kürzungsanträge der SVP vermisst. Der Rat mit seinen Kenntnissen kann keine Einsparungen machen. Die Verwaltung muss wissen, wo dies möglich ist.

ABSTIMMUNG

Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Finanzplan 2005 - 2009.

Debatte zum Steuerfuss:

Urs Käppeli, SVP, sieht für das Parlament nun die Chance zu sparen. Plötzlich soll Wünschenswertes wieder möglich sein, damit sich die Bevölkerung wohl fühlt. Der Minderheitsantrag soll abgelehnt werden. Es ist kein Sparwille da.

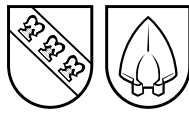
Er stellt folgenden Ergänzungsantrag

„Falls das Parlament einem Steuerfuss von 112 % zustimmt wird Charly Heuberger als Stadtrat und Finanzvorsteher verpflichtet, dem Parlament an der nächsten Gemeinderatssitzung im Januar 2005 vorzulegen und Bericht zu erstatten, wie und wo der Stadtrat die 2 Steuerprocente oder umgerechnet Fr. 550'000.00 in der laufenden Rechnung auf der Aufwandseite eingespart.“

Es könnte heute sogar eine Steuerfussenkung durchgeführt werden. Die Unsicherheit über die Entwicklung auch bezüglich der Handänderungssteuer lässt das jedoch nicht zu. In einem Jahr können wir hier ernsthaft über eine Steuerfussenkung von 2 % diskutieren.

Esther Hildebrand, GP, meint, dass wir nun sagen müssen, wo wir sparen wollen. Auch die SVP muss dies tun können.

Stadtrat Charly Heuberger kann es nicht verstehen, wie nun eingespart werden soll, wenn das Budget bereits genehmigt wurde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 11. Dezember 2003

Klaus Gersbach, CVP, ist enttäuscht. Wir haben einen guten Einblick in die Finanzen von Illnau-Effretikon erhalten. Im Vergleich zu anderen Gemeinden stehen wir mit unserem Aufwand gut da. Wenn Urs Käppeli mit den Steuern runter will, muss er auch sagen, wo gespart werden soll. Wunschbedarf ist wohl nicht mehr ersichtlich.

Ueli Müller, SP, meint, dass wir nicht zum Ziel oder nicht die Pflicht haben, eine Rendite rauszuschlagen. Unseren Einwohnerinnen und Einwohnern muss es gut gehen. Sie sollen einen Grund haben, hier zu wohnen.

ABSTIMMUNG:

Der Änderungsantrag der RPK auf Festsetzung des Steuerfusses auf 112 % erhält 16 Stimmen.

Der Antrag des Stadtrates und einer Minderheit der RPK auf Festsetzung des Steuerfusses auf 114 % erhält 15 Stimmen.

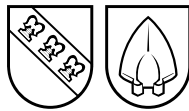
Der Steuerfuss für das Jahr 2004 wird auf 112 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Es liegt der oben erwähnte Antrag von Urs Käppeli vor:

„Falls das Parlament einem Steuerfuss von 112 % zustimmt wird Charly Heuberger als Stadtrat und Finanzvorsteher verpflichtet, dem Parlament an der nächsten Gemeinderatssitzung im Januar 2005 vorzulegen und Bericht zu erstatten, wie und wo der Stadtrat die 2 Steuerprocente oder umgerechnet Fr. 550'000.00 in der laufenden Rechnung auf der Aufwandseite eingespart.“

Es wird festgestellt, dass die richtige Jahreszahl 2004 lautet.

Stadtpräsident Martin Graf erklärt, dass dieser Antrag definitiv ungültig ist. Es liegt im Ermessen Des Stadtrates, die Ausgaben entsprechend zu kürzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 11. Dezember 2003

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2004 über die Aufwendung und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr. 89'410'360.-	
	Ertrag	Fr. 74'454'300.-	
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr. 19'026'000.-	
	Einnahmen	Fr. 1'748'550.-	
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr. -.-	
	Einnahmen	Fr. -.-	
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2004 wird auf 112% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
3. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 14'956'060.—wird dem Eigenkapital entnommen.
4. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
5. Vom Finanzplan 2005/2009 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a) den Stadtrat, zweifach,
 - b) die Finanzverwaltung.

Beschluss erfolgte mit 16 : 10 Stimmen.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 12.12.2003

ms